

Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

„Große Fahrt und ehrgeizige Ziele“

Rede
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs
für das Jahr 2014
Würzburg, 17. Oktober 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Dr. h.c. Bauer,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn der diesjährigen Haushaltsrede möchte ich wie jedes Jahr einen Blick auf die Großwetterlage werfen und auch einen Blick zurück auf Erreichtes in den vergangenen zwölf Monaten.

„*Dauerhafter kräftiger Aufschwung ist [aber]noch nicht in Sicht*“ teilen das IdW als auch das IMK mit. Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum liegen bei rd. 1,5 %.¹ Das DIW sagt 1,7 % voraus und das RWI sogar 1,9 % Zuwachs. Wir können daher feststellen, wenn die ökonomische Brise, auch wenn sie nicht kräftig ist, so bleibt wie sie ist, dann schreiben wir solide schwarze Zahlen. Dies möchte ich Ihnen im Rückblick und prospektiv belegen.²

Das letzte abgeschlossene Haushaltsjahr 2012 konnten wir besser abschließen, als ich es mir erhofft hatte. Wir haben drei unerwartete „*Erlebniswelten*“ verarbeitet:

1. die Kosten der Energiewende, die uns auch im kommunalen Haushalt treffen, haben wir verarbeitet. Diese treffen uns dauerhaft bei den Energiebezugskosten, vor allem aber bei der Gewerbesteuer. Der Kausalzusammenhang ist banal. In dem Maße in dem die Energiebezugskosten der Wirtschaftsunternehmen steigen, erhöht sich der Aufwand. Dies mindert den Gewinn und es gibt weniger Gewerbesteuer für die Stadt. Nach einer verwaltungsinternen Schätzung beziffern wir den Einnahmeverlust auf fünf bis acht Mio. EUR pro Jahr. Ausgehend von unserem hohen Gewerbesteuersockel sind weitere Auswirkungen nicht zu erwarten.
2. haben wir die Mindereinnahmen aus dem Zugriff Münchens in den kommunalen Finanzausgleich gemeistert. Dies macht rd. 4 Mio. EUR aus. Der Finanzausgleich wurde zwischenzeitlich reformiert. Weitere Sondereffekte sind daher nicht zu erwarten.
3. haben wir den Mehraufwand bei der Bezirksumlage, trotz unsererseits erhöhter Ansätze, mit nochmals rd. 5,4 Mio. EUR verarbeiten müssen. Überraschungen auch in künftigen Jahren sind allerdings möglich.

Das heißt, unser Haushalt 2012 hat sich als außerordentlich robust erwiesen. Planabweichungen im Sinne von Haushaltsverschlechterungen mit einem Volumen von 13 bis 16 Mio. EUR konnten im Haushaltsvollzug „überlebt“ werden. Unseren Schuldenstand

¹ S. Süddeutsche Zeitung, 08.10.2013, S. 19

² S. FAZ online, 18.09.2013

konnten wir um eine weitere Million auf nunmehr rd. 223 Mio. EUR tilgen. Seit 2005, dem Höchststand, sind dies fast 10 %. Daneben haben wir einen neuen Stadtteil, das Hubland von der BIMA erworben, ohne neue Schulden, sondern refinanziert durch perspektivische Baulandverkäufe auf dem neuen Areal.

Das Jahr 2013 hingegen ist bislang komplett planmäßig verlaufen. Etwas weniger Gewerbesteuererinnahmen als erwartet, stehen diesen übersteigende Mehreinnahmen bei der Einkommenssteuer gegenüber. Das heißt, wir können von einem guten Jahresergebnis nach heutigem Stand ausgehen. Zeitlich verzögerte Verausgabungen im Vermögenshaushalt werden uns voraussichtlich nachhaltig helfen auf die eingeplante Rücklagenentnahme zu verzichten.

Wir haben rückblickend auf die ablaufende Ratsperiode 2008 bis 2014 in aller Ruhe solide gewirtschaftet, Schulden abgebaut und jede Menge investiert und sogar neues Vermögen wie das Hubland gebildet. Für Würzburg waren es gute Jahre.

Sehr geehrte Damen und Herren,
wenn Sie sich den Haushaltsentwurf 2014 mit der Mittelfristigen Finanzplanung 2015-2017 ansehen, werden Sie feststellen, dass es dieses Jahr keines Goethe bedarf um die Überschrift für den Haushalt zu finden, sondern sie sich förmlich aufdrängt. Diese lautet: „*Große Fahrt und ehrgeizige Ziele*“. Würzburg hat sich nämlich viel vorgenommen:

Würzburg baut am Zeller Bock,
Würzburg baut sein Kongreßzentrum aus,
Würzburg baut über die Bäder GmbH sein Nautiland um,
Würzburg baut in der Eichhornstraße,
Würzburg baut und finanziert zahlreiche Kindertagesstätten,
Würzburg erweitert und modernisiert bestehende Schulen,
Würzburg kauft eine US-Kaserne und entwickelt sie zu einem neuen Stadtteil.

Diese Aufzählung lässt sich noch erheblich verlängern. Worum es mir geht ist darzulegen, dass wir gut unterwegs sind und vieles angeschoben haben, das viel, sehr viel Geld kostet. Darüber hinaus haben wir noch mehr bestellt, das wir jetzt und in den nächsten Jahren, vor allem bis 2018 abfinanzieren müssen. Es gilt also haushalterisch einen klaren Kurs zu behalten.

Alle diese großen Vorhaben finanzieren wir schließlich „aus“ oder „über“ den städtischen Haushalt. Auch ein Nautiland „bezahlen wir“ durch den dauerhaften Verzicht auf eine Gewinnabführung von der WVV und den dauerhaften Wegfall der Straßenbahn-Konzessionsabgabe. Ein Kongreßzentrum „bezahlen wir“ direkt über Zins- und Tilgungszuschüsse an den Eigenbetrieb CTW als Bauherrn. Ebenso kann es am Theater losgehen, wenn wir uns einmal einig darüber sind was wir bauen wollen.

Grund dafür, dass wir dies können ist auch, dass wir durch Schuldentilgung, Ausnutzen und vor allem Sichern des niedrigen Zinsniveaus und unsere Kommunale Gemeinschaftsanleihe unser Kreditportfolio langfristig im Zins ausgesteuert haben und damit wenig zinsschwankungsabhängig sind. Die durchschnittliche Verzinsung liegt nur noch bei 3,27 % bei einer langfristigen Zinssicherheit (Duration) von 17 Jahren. Den Zinsaufwand konnten wir von 2008 mit 9,87 Mio. EUR auf 2014 7,66 Mio. EUR nachhaltig um fast 25 % senken. Noch deutlicher wird der Gewinn an Handlungsfähigkeit, wenn wir einen Blick auf die Zinslastquote, dem Anteil der Zinsausgaben am Volumen der laufenden Einnahmen des Verwaltungshaushaltes werfen. Diese Zinsbelastungsquote ist von 2008 rd. 3,2 % auf 2014 rd.

2,0 % gesunken. Also nur noch jeder zweite Euro unserer regelmäßigen Einnahmen geht in die Bedienung der Altschulden.

Wenden wir uns den wesentlichen Einnahmearten zu. Bei der Gewerbesteuer mit einem aktuellen Haushaltsansatz von 72 Mio. EUR gehen wir davon aus, dass wir das Jahr knapp unter dem Ansatz, aber oberhalb der siebzig Millionen abschließen können. In diesem Jahr haben wir gegenfinanziert durch eine vorjährige Refinanzierung (eine prospektive Globalbereinigung) eine Rückforderung im Bereich der Energieversorger vornehmen können. „*Weitere Leichen gibt es nicht im Keller. Die Krypta ist damit leer.*“ Damit liegen wir im dritten Jahr in Folge um diese siebzig Millionen, bei dieser unserer wichtigsten Einnahmequelle. Für 2014 planen wir nunmehr 74 Mio. EUR ein. Dies entspricht einer Steigerung um 2,7 % gegenüber dem Planansatz. Im Hinblick auf die breite Aufstellung unserer Unternehmerschaft, ohne Abhängigkeit von einem großen Gewerbesteuerzahler oder besonderer Branchenabhängigkeit, ist die Planung hier vorsichtig optimistisch.

Am Erfreulichsten ist die Entwicklung der Einkommenssteuer. Unser Planansatz von 53,4 Mio. EUR wird in 2013 um 2,2 Mio. übertroffen. Wir werden voraussichtlich mit 55,6 Mio. EUR abschließen. Für 2014 gehen wir von 58,6 Mio. EUR, also einer Steigerung um 3 Mio. EUR aus. Dies entspricht einem Zuwachs um 5,5 % bei dem wir uns exakt an der Maisteuerschätzung orientiert haben. Nach der zu großen Zurückhaltung bei der Aufstellung des 2013-Entwurfs erschien dies angezeigt. Dies wird fundiert durch die bereits feststehenden Tarifabschlüsse sowie die sich weiter verbessernde Beschäftigungsquote im ganzen Land. Erstmals wird von den besagten Wirtschaftsforschungsinstituten von einer Beschäftigtenanzahl von 42 Mio. Erwerbstätigen ausgegangen. Mit unserer Steigerungsrate von 5,5 % liegen wir dabei unter den Einnahmeerwartungen des Bundeshaushaltes. Hier wird im Entwurf vom August von einem Zuwachs von 6,1 % ausgegangen. Ich wähe daher unseren Ansatz als solide.³

Bei den Schlüsselzuweisungen haben wir dieses Jahr vor dem Komma gut geschätzt. Wir sind von 40,5 Mio. EUR ausgegangen. Es werden 40,9 Mio. EUR. Für 2014 gehen wir von 42,6 Mio. EUR aus. Dem liegt die konsequente Annahme zu Grunde, dass sich die Schlüsselmasse um 4 % aufkommensbedingt verbessert. Potentielle Wahlgewinne sind nicht eingepreist.

Wir brauchen auch diese Verbesserungen, wenn wir einen Blick auf die Ausgaben werfen. Die Hauptposition ist die Entwicklung der Personalkosten. Ohne signifikante Stellenplanmehrungen müssen wir bereits von einem Zuwachs um 4 % ausgehen. Dies ist eine Folge der Anhebung der Beamten- und Versorgungsbezüge um 2,95 % sowie eingeplanter Tarifsteigerungen aus dem TVÖD um 3 %. Der Gesamtpersonalhaushalt wächst somit von rd. 119 Mio. auf rd. 124 Mio. EUR an. Das ist viel Geld und geht an die Belastungsgrenze. Gleichwohl benötigen wir in verschiedenen Bereichen, so z.B. im Kita-Bereich zwangsweise mehr Personal, allein weil wir unser Angebot ausgedehnt haben. Zurückhaltung und Augenmaß ist daher bei der Bewilligung neuer Stellen insgesamt geboten, - auch wenn es gut begründete Ausnahmefälle gibt, es bedarf der Einzelfallabwägung.

Der wichtige Einzelplan 4 Soziale Sicherung ist in sich, hinsichtlich der positiven und der negativen Entwicklungen, als ausgewogen zu betrachten. Den Verschlechterungen bei der

³ Bundestagsdrucksache 17/14300 - Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2014 vom 09.08.2013:

in Mio. EUR	Lohnsteuer	Einkommenssteuer	Summe
2014	70.529	18.275	88.804
2013	66.768	16.915	83.683
Saldo	3.761	1.360	5.121
Zuwachs in %	5,63 %	8,04 %	6,12 %

Jugendhilfe, eben durch insbesondere eine erhöhte Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen sowie der Kürzung des Bundeszuschusses bei Hartz IV steht eine Überkompensierung durch die letzte Runde der Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund gegenüber. Hier werden uns ab dem kommenden Jahr 100 % der Kosten erstattet. Dies führt zu einer Einnahmeerhöhung von 3,3 Mio. EUR, die aber wie dargelegt im Einzelplan selber benötigt wird, um andere Entwicklungen auszugleichen. So gewonnen, so zerronnen, möchte man sagen.

Stolz können wir jedoch gemeinsam sein, dass wir weiterhin ganz vorne sind in Bayern bei der Realisierung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Krippenplatz für unter Dreijährige. Das Investitionsprogramm, das das Sozialreferat gemeinsam mit dem administrierenden Finanzreferat umsetzt, hat ein Investitionsvolumen von fast 18 Mio. EUR seit 2008 auf den Weg gebracht. Dies, damit wir beste Standards in unseren Einrichtungen flächendeckend anbieten können. Wir sind bayernweit damit in der Spitzengruppe und haben keine anhängigen Klagen, wie z.B. die Landeshauptstadt.

Gefahrenpotentiale beinhaltet wie immer die Bezirksumlage. Einerseits führt das volle Einplanen der potentiellen Einnahmehungen durch die gestiegenen Umlagegrundlagen zum ungewollten politischen Signal: das Geld ist da, die größte Stadt des Bezirks hat's eingeplant. Andererseits macht der Bezirk nicht immer das was man ihm signalisiert. Mitunter kann er es auch nicht. Der Bezirk leistet wertvollste Arbeit. Dieses Jahr habe ich selber wieder einige Einrichtungen des Bezirks besichtigt und muss den Hut ziehen vor den vielfach vorbildlichen Einrichtungen. Aber, unsere Aufgaben sind auch wichtig. Nach der Senkung des Umlagesatzes von 22,5 % auf 21,9 % von 2012 auf 2013 gehen wir von einer weiteren Absenkung um einen halben Hebesatzpunkt auf 21,4 % aus. Wohlgermerkt, durch die gestiegenen Umlagegrundlagen hat der Bezirk faktisch dann immer noch absolut 2,8 Prozent mehr zur Verfügung. Und des Weiteren bemerkt, es liegen noch Einnahmenüberschüsse aus den Vorjahren im Bezirkshaushalt vor, die auch erst einmal im nächsten Jahr zu verkonsumieren sind.

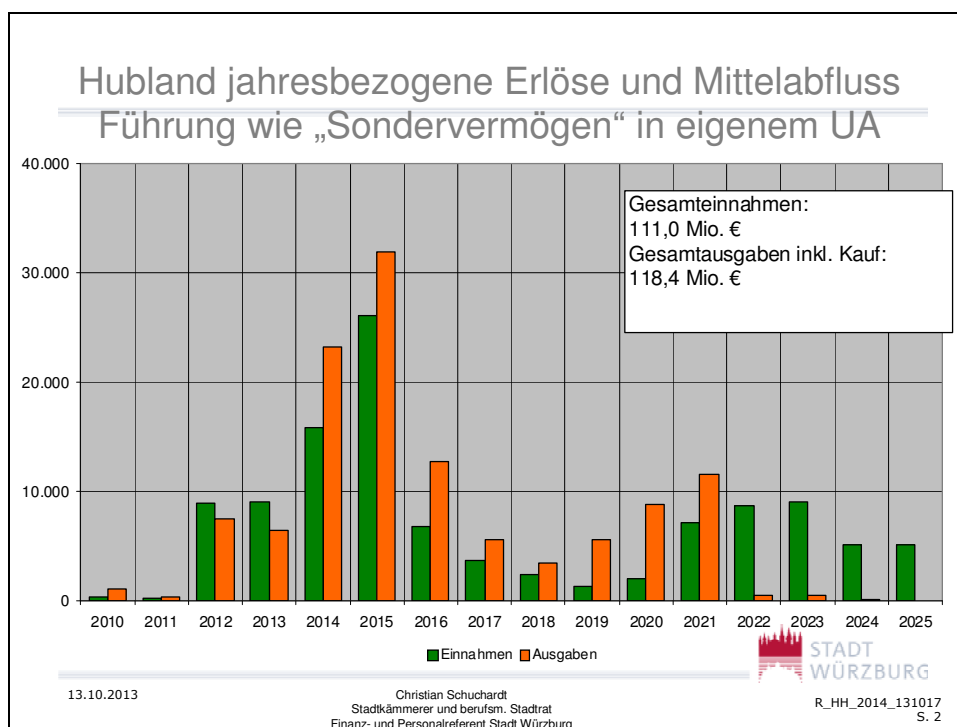
Sehr geehrte Damen und Herren,

2000 Jahre alt ist das Zitat: „*Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen abgebaut werden.*“ (Das mit der Mäßigung der Arroganz der Behörden lassen wir hier mal weg.)⁴ Im Verwaltungshaushalt erfüllen wir diese Worte. Für 2014 gehen wir von einem Überschuss von 11,1 Mio. EUR aus. Dieser liegt auch in den Jahren der Finanzplanung bei rd. 12 Mio. EUR. Dieser Überschuss wird als Zuführung an den Vermögenshaushalt geleistet und dient damit der Finanzierung von Investitionen. Vereinfacht gesprochen können wir bei angenommenen Ko-Finanzierungsbeiträgen aus staatlicher Förderung oder auch Umlagen ein Investitionsvolumen in der überschlägig doppelten Höhe von rd. 24 Mio. EUR bewegen. Darüber hinaus benötigen wir in dieser Reihenfolge: Einnahmen aus Vermögensveräußerungen (im wesentlichen Grundstücke), Rücklagenentnahmen oder Neuverschuldung, wenn wir mehr investieren wollen.

Bereits einleitend hatte ich dargelegt, dass die größte Herausforderung für unsere Stadt der Ankauf des Hublandes, dessen Baureifmachung durch Kampfmittelsondierung, teilweisem Bodenaustausch, Entsiegelung vorhandener Straßen- und Wegeanlagen, der teilweise Rückbau vorhandener Bausubstanz, der Neubau von Haupterschließungsstraßen sowie der Neubau von Quartierserschließungsstraßen ist. Daneben errichten wir eine permanente Parkanlage, die zwischenzeitlich 2018 als Landesgartenschauengelände fungiert. Dass, um es

⁴ Marcus Tullius Cicero zugeschrieben.

drastisch auszudrücken ist kein „Kamel“, sondern eine veritable „Kamelherde“. Und, um es vorwegzunehmen: es sieht so nach aktuellem Planungsstand aus, dass wir das hinbekommen.



Auf der aufgeblendeten Folie sehen Sie den aktuellen Stand der Finanzierungsplanungen, die die KE-Kommunalentwicklung als unsere Projektsteuerungsfirma fortgeschrieben hat. Der Hauptdruck entsteht durch das Lieferversprechen, dass wir mit dem Zieljahr 2018 eingegangen sind. „Durch's Nadelöhr ist diese Herde bereits durch. Wir haben nun die Verpflichtung der Vollversorgung übernommen.“ Die Gesamtausgaben -ohne Unterscheidung zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt- bis zum Abschluss der Entwicklungsmaßnahmen, im Wesentlichen bis 2021 liegen bei 118,4 Mio. EUR. Diese werden gedeckt durch Einnahmeerwartungen mit einem Volumen von 111 Mio. EUR. Das Delta von rd. 7 Mio. EUR ist erst einmal nicht besorgniserregend, da es sich auf viele, nämlich zwölf Haushaltsjahre verteilt.

Bedeutsam ist der zeitliche Versatz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Wir müssen heute Ausgaben tätigen, um Bauland zu entwickeln, um Jahre später die Einnahmen aus Grundstückserlösen zu erzielen. Dabei sind wir, was die Veräußerungen anbelangt, außerordentlich erfolgreich. Die Kaufpreisfinanzierung und alle Entwicklungskosten konnten wir sowohl in 2012 und können wir auch in 2013 aus Veräußerungserlösen voll finanzieren. Dies waren die Veräußerung der Gewerbegebietsflächen an die IMG, die Immobilienentwicklungstochter der Stadtbau, der Verkauf an TGZ (und ZAE) sowie der Verkauf eines Grundstückes an das Studentenwerk. Realisiert werden kann darüber hinaus der Veräußerungserlös für das Gelände, das wir primär zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus an die Stadtbau veräußert haben. Wenn wir diese Veräußerungserlöse im Haushalt voll umgangssprachlich „verfrühstücken“ wollten, dann hätten wir im Jahresabschluss 2012 noch mehr als eine Million Schulden tilgen können, wir könnten auch im Jahresabschluss 2013 erheblich Schulden tilgen. Das wäre jedoch angesichts der bevorstehenden Belastungen nicht sachgerecht.

Wenn wir das Hubland wie viele andere Kommunen landauf landab behandeln würden, dann würden wir es in einen Schattenhaushalt geben. Dieser nennt sich dann Hubland-Entwicklungs-GmbH oder wir würden einen Treuhandvertrag mit der KE-Kommunalberatung schließen und die Thematik wäre aus dem Haushalt verschwunden. Ich habe aber gute Gründe, warum ich daran festhalte das Hubland so lange es irgend geht im Haushalt zu halten. Dies sind:

1. die Haushaltswahrheit und –klarheit, so dass die Auswirkungen auf die permanente Leistungsfähigkeit der Stadt eindeutig erkennbar sind,
2. der Umstand, dass Investitionen am Hubland gegen Investitionen an anderen Orten in der Stadt bei Abbildung im Haushalt stets abzuwägen sind,
3. sich das Hubland in einer GmbH nicht verselbständigen kann, - nach dem Motto es belastet ja nicht den Haushalt und
4. Firmenkredite sind von GmbH's oder über Treuhandverträge auch bei kommunaler Verbürgung mittlerweile fast 1 % teurer als originäre Kommunalkredite.

Wenn wir realisieren, dass die künftigen Veräußerungserlöse nicht in der eingeplanten Zeit realisiert werden können und andere makroökonomische Veränderungen eintreten, die den Haushaltsausgleich erschweren, können wir immer noch einen Systemwechsel vornehmen. Wir können jederzeit unterjährig über einen Treuhandvertrag die Gesamtentwicklung haushalterisch auslagern, - quasi „Ballast abwerfen“. Mit etwas längerem Anlauf können wir eine Einlagerung des Hublandes in eine eigene GmbH vornehmen. Dazu gibt es aber im Moment keinen Anlass. Ich gehe auch davon aus, dass wir dieses Jahr bzw. Anfang nächsten Jahres noch zwei bis drei Veräußerungen tätigen können. Diese betreffen die Evangelische Kirche, das Bürgerspital und eine Gewerbeverlagerung.

Wir führen das Hubland wie eine Art „Sondervermögen“, aber eingekapselt in einem eigenen Unterabschnitt im Haushalt. Dies führt dazu, dass wir die Ausgaben übersteigende Erträge aus den Jahren 2012 und 2013 in Höhe von voraussichtlich 3,0 Mio. EUR über die Jahresrechnung dem Unterabschnitt im Folgejahr zuführen. Nominell haben wir für dieses Sondervermögen einen Zwischenfinanzierungsbedarf von 6,1 Mio. EUR in 2014, 4,9 Mio. EUR in 2015, 5,2 Mio. EUR in 2016 und 1,3 Mio. EUR in 2017. Diesen können wir zunächst in 2014 im Vollzug um voraussichtlich die 3,0 Mio. aus den Vorjahren mindern, auch wenn wir zum nominellen Haushaltsausgleich diese Summen zwischenfinanziert einplanen müssen. Nach ersten Gesprächen mit der Regierung von Unterfranken wird diese Vorgehensweise ausdrücklich mitgetragen.

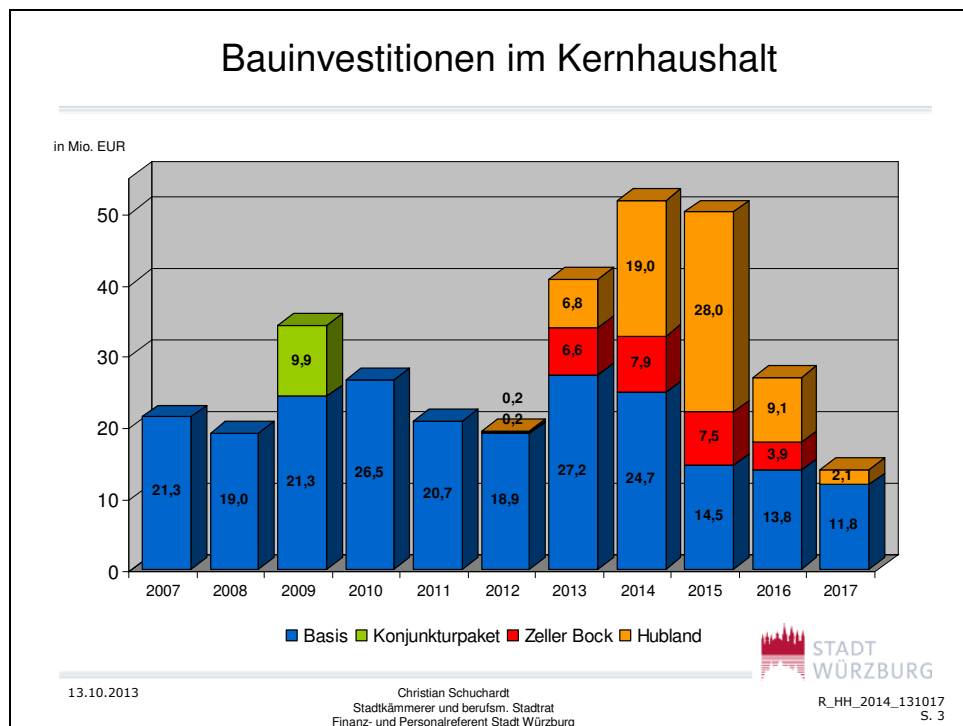
Demgegenüber steht übrigens die positive Entwicklung, die ich nicht verabsäumen möchte Ihnen mitzuteilen. Wir können im weiteren Haushalt auf die Kreditaufnahmen für den Zeller Bock verzichten, die wir aktuell noch im Haushalt zum Ausgleich veranschlagt haben.

Kurz zusammengefasst: Der Erwerb dieses neuen Stadtteils, des Hublandes für unsere Stadt Würzburg ist die größte Investition der ablaufenden sechs Jahre. Wir haben kaufmännisch ausgedrückt eine wertschöpfende Bilanzverlängerung vorgenommen. Auf unserer Aktivseite haben wir die Positionen Infrastrukturvermögen für Land, das Landesgartenschau und das z.B. dem Straßenbau dient, aufgebaut. Auch haben wir unser Umlaufvermögen in Form von Bauerwartungsland massiv gestärkt. Demgegenüber haben wir auf der Passivseite unserer Bilanz den Kaufpreis bezahlt in dem wir Verbindlichkeiten in Lieferungen und Leistungen begründet haben. Wir haben uns verpflichtet, Bauland an die Stadtbau und die IMG zu liefern. Die Verkaufspreise an diese beiden Gesellschaften waren allerdings so hoch, dass wir rechnerisch Liquidität überbehalten haben, die wir auch dringend brauchen, um aus unserem Vorprodukt Kasernengelände echtes erschlossenes Bauland zu machen. Deshalb haben wir

keinen Euro Kredit aufnehmen müssen, um die 95 ha auf dem Hubland zu kaufen. Nein, im Jahresabschluss 2012 haben wir sogar noch eine Million EUR Schulden tilgen können.

Bei Goethe heißt es mal wieder „Vom Ziel haben viele Menschen einen Begriff, nur möchten sie es gerne schlendernd erreichen.“ Wir haben uns ein Ziel gesetzt und sind eine Verpflichtung eingegangen. Wir haben uns für die Landesgartenschau 2018 erfolgreich beworben, wir haben uns verpflichtet damit das sogenannte Pre-Development in den nächsten Jahren umzusetzen und Erschließungsstraßen zu bauen. Dies wird einen Großteil unserer Ressourcen in den nächsten vier Jahren binden. Und, meine Damen und Herren, es geht in Siebenmeilenstiefeln voran. *Unsere Kamelherde trabt dafür an.*

Nun darf aber anderes darüber nicht auf der Strecke bleiben.



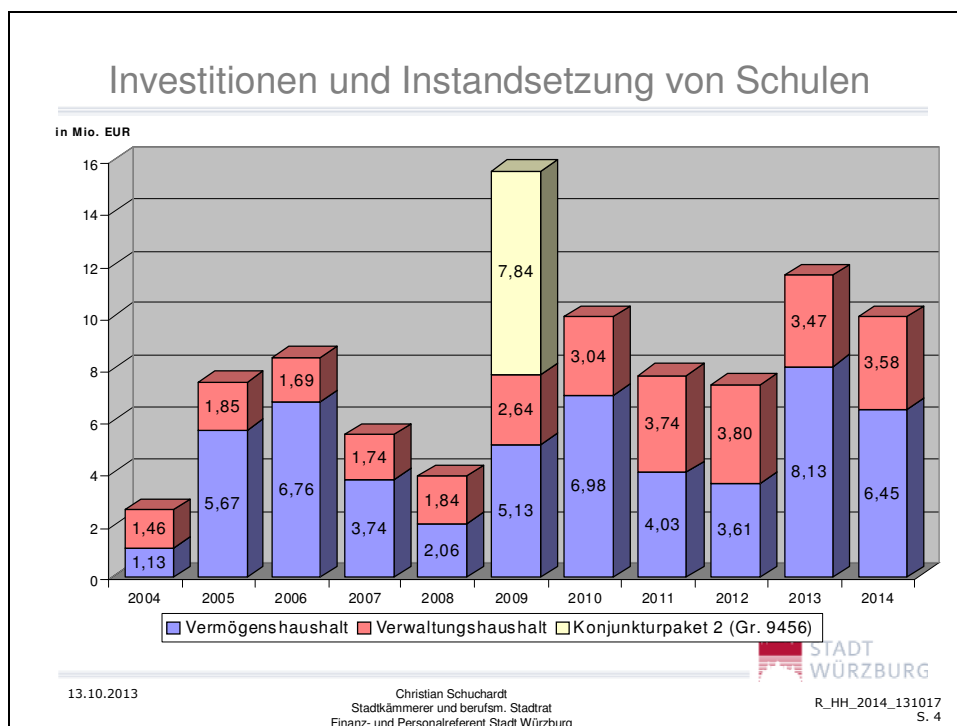
Und das geschieht auch nicht. Sie sehen hier unsere Bauinvestitionstätigkeit im Kernhaushalt. Oben in gelber Farbe sind die Hublandbezogenen Investitionstätigkeiten abgebildet. In 2014 bewegen wir 19 Mio. EUR, in 2015 werden es 28 Mio. EUR. Das übrige Investitionsvolumen, das sich aus dem Zeller Bock und der Basis genannten blauen Reihe zusammensetzt, liegt noch bei 30 Mio. EUR für 2014. Dies alleine wäre schon ein guter Wert. Über alles schaffen wir aber in 2014 Investitionen mit einem Volumen im Haushalt von etwas über 50 Mio. EUR. Damit kommen wir erstmals auf eine Investitionsquote, also Investitionen zu Gesamtausgaben von rd. 12 %. Für unsere Stadt ein sensationell hoher Wert.

Außerhaushalterisch kommt auch noch einiges hinzu, das der städtische Haushalt bestellt hat und auch tragen muss. Dies betrifft unser Kongreßzentrum, als auch das Nautiland. In beiden Fällen zahlt die Stadt wie bereits dargelegt implizit.

Beim Theater kann es losgehen, wenn wir uns einen Konsens über das was wir bestellen wollen, wieder erarbeitet haben. Hier liegen zwischenzeitlich verhärtete Fronten vor, die wir m.E. nicht an der Frankenhalle aufbrechen können. Stattdessen gilt es den Umbau am Theater selbst abschließend zu beplanen. Wir hatten letztes Jahr einen Konsens dahingehend, dass wir einen Kostendeckel über beide Projekte geschrieben hatten. Nur die Zahl, die im Frühjahr

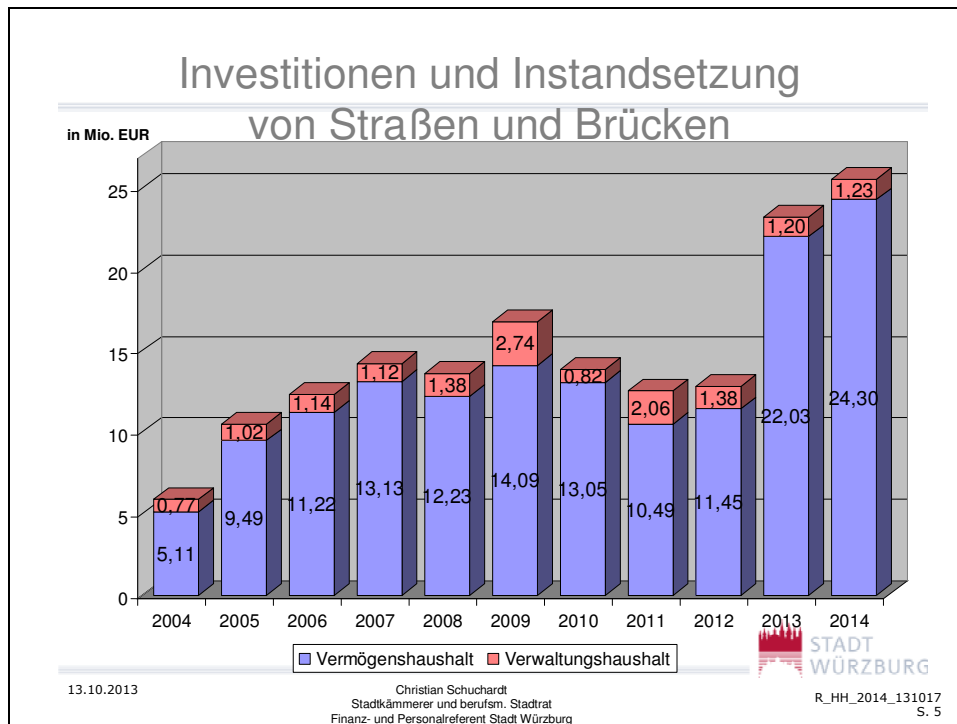
vom Theater selbst ausging und höher war als jemals Frankenhalle und Theater zusammen kosten sollten ist nicht haushalterisch tragfähig. Unsere Aufgabe besteht darin, dieses wertvolle Theater, das für unsere Kulturstadt eine überregionale Landmarke darstellt, einer sicheren Zukunft im eigenen Haus zuzuführen. Dafür lohnt es sich auch zu streiten. Nur, und das gilt es hier auch einmal festzustellen, darüber gibt es gar keinen Streit, es geht nur um den richtigen Weg dahin. Dass Kultur uns einiges wert ist, ist ebenfalls klar. Sie darf etwas kosten, denn Kultur zum Nulltarif gibt es nicht. Der bekannte Theaterintendant Hansgünther Heyme, der im ewigen Clinch mit der Stadt Köln lag, hat es einmal so formuliert: „Der Staat muss die Kultur auch in der Zukunft fördern, genauso wie er die Müllabfuhr finanziert; das Theater ist die Müllabfuhr für die Seele.“ - Es geht uns allen hier im Saal darum, davon gehe ich aus, verantwortungsvoll mit den uns anvertrauten Geldern umzugehen und dazu gehört Kostenklarheit. Die haben wir zwischenzeitlich an der Frankenhalle, jetzt brauchen wir sie am Theater. Denn eines war immer klar: eine Übergangsspielstätte ist Mittel zum Zweck und nur bedingt Selbstzweck. Der Zweck lautet Herstellung eines modernisierten Haupthauses für die nächsten 25 bis 50 Jahre. Wenn wir ein finanzierbares, vernünftiges Bauprogramm haben, kann es mit der Renovierung losgehen. Mittel haben wir in kleinerem Umfang für 2014 im Wirtschaftsplan eingestellt und erheblichere Summen in den Folgejahren. Insgesamt 12 Mio. EUR bis 2017. Es kommen die Stiftungsmittel hinzu.

Auch dieses Jahr konnten nicht alle Anmeldungen zum Haushalt aus den Fachbereichen berücksichtigt werden. Bei den wichtigen Aufgaben sind wir zu Beginn der Haushaltsberatungen jedoch gut aufgestellt.



Die Mitteleinplanungen im Schulbereich, die wir vor -ich betone, vor- den Haushaltsberatungen vorgenommen haben, liegen bei knapp zehn Mio. EUR. Dies ist ein höherer Wert als die realisierten Verausgabungen der Jahre 2011 oder 2012. Auch die Mittel in 2013 werden mit Sicherheit nicht vollständig abfließen. Lediglich im Jahr 2009 wurden höhere Werte durch das Konjunkturprogramm II des Bundes erreicht. An größeren Einzelmaßnahmen sind die Fortsetzung der Investitionstätigkeit an der FOS-BOS, der Erweiterungsbau an der David-Schuster-Realschule sowie die Mensa an der VS Mönchberg beinhaltet. Darüber hinaus sind sicherlich die Bestandsertüchtigung „fossiler“ Schulzustände

und die Entwicklung von dauerhaften Lösungen im Falle der Veräußerung des Mozart-Areals prioritär. Hierüber gilt es im Rahmen der Haushaltsberatungen zu sprechen.



Scheinbar exponentiell besser sieht es im Straßenbau aus. Dies gilt es jedoch sofort zu relativieren. Jeweils sechs bis sieben Millionen EUR sind für den Zeller Bock gedanklich abzuziehen sowie weitere 2,3 Mio. EUR für das Sonderprojekt Eichhornstraße sowie vor allem Planungs- und Realisierungsmittel für das Hubland. In jedem Fall leidet der Straßenbau nicht in Würzburg. Freilich, mehr Geld würde auch nicht schaden.

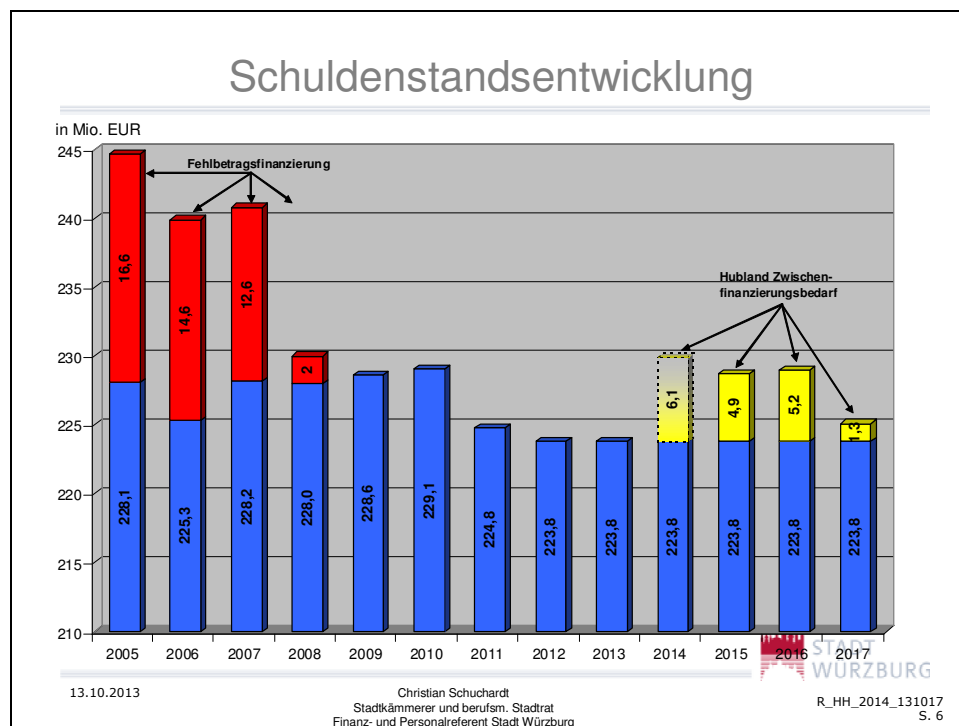
Im Rahmen einer Bürgerveranstaltung am Heuchelhof, durchgeführt durch den dortigen Bürgerverein, kam der Wunsch auf, dass der Straßenunterhalt zu Lasten der beitragsfinanzierten Straßenerneuerungsmaßnahmen gestärkt wird, das sogenannte Rednitzhembacher Modell. Wir haben uns daher gemeinsam mit dem Tiefbau dieses Modell am Beispiel des Heuchelhofs genauer angesehen. Die Straßenflächen am Heuchelhof sind ähnlich groß wie in Rednitzhembach und interessanterweise ist unser Straßenunterhalt in den letzten zehn Jahren in dem Stadtteil ähnlich hoch gewesen wie das was in dem kleinen Örtchen aufgewandt wurde. Allerdings lässt sich das Rednitzhembacher Modell nicht auf das gesamte Stadtgebiet Würzburgs übertragen und verallgemeinern, da die Straßen am Heuchelhof relativ neu sind. Die Frostaufbauten aus den siebziger Jahren sind wesentlich dicker als die tragenden Sandschichten mit überasphaltiertem Kopfsteinpflaster in der Innenstadt. Es ist also nicht überall sinnvoll Rednitzhembach „anzuwenden“ und wir werden immer wieder zu beitragsfinanzierten Maßnahmen kommen müssen. Wesentlich ist, dass wir analog zum Verfahren im Bereich Kitas einen sogenannten Pool gebildet haben. Das heißt potentiell betroffene Bürger können nicht mehr direkt aus dem Haushalt ablesen in welcher Straße konkret eine Beitragsmaßnahme in der Entstehung ist. Somit lassen sich auch Befürchtungen durch Haushaltseinplanungen, die dann zeitlich doch geschoben werden, weil z.B. die Stadtwerke ihr Investitionsprogramm geändert haben, die dann zu berechtigten „Wallungen“ wie in der König-Heinrich-Straße führen, künftig vermeiden.

Wesentlich wird natürlich auch die Umsetzungsart und –weise im Rahmen der Frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Hier habe ich schon die Hoffnung, dass durch Trennung der Phasen erstens *Information über die Mängel* und nachgelagert zweitens *Anhörung über Lösungsvorschläge* sich noch etwas mehr Akzeptanz herstellen lässt. Begeisterung darf man aber nicht erwarten, wenn der Bürger für eine Ersatzinvestition zu beträchtlichen Summen herangezogen wird. Wir sind hier an Recht und Gesetz gebunden.

Bei den Fahrradwegen ist der Grundansatz, den wir letztes Jahr auf 270 Tsd. EUR fixiert hatten, wieder auf die vollen 300 Tsd. EUR im Entwurf hochgenommen. Darüber hinaus habe ich im Vollzug an einigen Stellen Mittelverstärkungen im laufenden Jahr vorgenommen. Das betrifft die Versbacher Thematiken, aber auch die Mittel für die Radachse 1. Wir müssen mit dem Thema vorwärts kommen, auch wenn es in einer Stadt mit schmalen Straßenprofilen einfach wesentlich schwieriger ist, als in autogerecht wieder aufgebauten und damit hinsichtlich des öffentlichen Raums flächenmäßig ausgedehnteren anderen Städten.

Daneben gäbe es viel zu berichten über barrierefreie Haltestellen, Aufbau einer betrieblichen Kindertagesstätte, der wesentlichen dauerhaften Verstärkung des Ansatzes für die Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen usw.

Zum Abschluss der Einbringungsrede möchte ich noch einmal den Blick auf die Gesamtsituation, die sich in den Schuldenständen manifestiert, werfen.



Den Gesamtschuldenstand haben wir zwischenzeitlich auf 223,8 Mio. EUR nachhaltig gesenkt. Zum Haushaltsausgleich für unser wichtiges und zentrales und zeitkritisches Vorhaben Hubland benötigen wir -wie dargelegt- in unserem Unterabschnitt Hubland, den wir wie ein Sondervermögen führen, Zwischenfinanzierungsmittel. Diese sind hier abgebildet. Aus Rückflüssen aus den Vorjahren können wir in 2014 auf einen Teil der Zwischenfinanzierungsmittel verzichten, aber erst wenn wir die Jahresrechnung 2013 aufgestellt haben.

Wir haben in den vergangenen Jahren Rücklagen aufgebaut, die wir für den Haushaltsausgleich benötigen. Wir setzen einen wesentlichen Teil unserer Rücklage in Höhe von 5,1 Mio. EUR zum Haushaltsausgleich im laufenden Jahr ein. Wir arbeiten daher daran, dass wir auf diese Entnahme verzichten können. Dies ist so wichtig, weil wir sie für den Haushaltsausgleich dann wieder bei der Aufstellung des Haushaltes 2015 benötigen, wissend dass wir bei einer Verausgabungsquote im Vermögenshaushalt, die nicht bei 100 % liegt, in der Regel Verbesserungen in der Jahresrechnung erwarten dürfen.

Sie sehen daran, wir sind nicht auf Rosen gebettet und es bedarf heute, nächstes Jahr und in der Zukunft, also immer, eines sehr verantwortungsvollen Umgangs mit den Haushaltsmitteln. Das ist eine der zentralsten Aufgaben, sonst bekommen wir gemeinsam diese Stadt nicht vorwärts. Würzburg ist zwar eine reiche Stadt durch ihre Kultur und ihre Menschen, haushalterisch betrachtet ist sie aber weniger wohlhabend.

Gleichwohl lassen Sie mich abschließend unsere Situation in einer persönlichen Anmerkung auch relativieren. Durch meine Aufgaben beim Deutschen Städtetag und auch meine persönlichen Erfahrungen ist es so, dass wir im Vergleich zu anderen Städten der Republik hier Zustände haben wie sie anderenorts das letzte Mal in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts gesehen wurden. Viele unserer Debatten sind zwar aus unserer Sicht existentiell, anderenorts würde man sie in Teilen [sic!] aber als Luxusprobleme bezeichnen. Ich empfehle mal eine Fahrt in eine Ruhrgebietsstadt wie Wuppertal oder zu meinem Kollegen nach Hagen. Dies sollten wir auch bei der Beantragung von Haushaltsmitteln zumindest im Hinterkopf behalten. Es gilt das Haushaltsschiff nicht zu überfrachten. Bei uns in Würzburg geht etwas vorwärts, vielleicht nicht so viel wie in Ingolstadt oder Regensburg, aber im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit Sicherheit mehr als den Städten im Westen oder Norden des Landes.

Zum Schluss bedanke ich mich wie jedes Jahr gerne und herzlich bei Frau Hecht als Fachbereichsleiterin der Finanzen sowie bei Ihren Mitarbeiterinnen Frau Maihofer, Frau Knauer, Frau Umert und den Herren Hammer und Kemmer, die viele Monate Arbeit in den Haushalt in jede Haushaltsstelle gesteckt haben.

Ich freue mich auf gute und trotz anstehender Kommunalwahl konstruktive Haushaltsberatungen!

Vielen Dank!

Christian Schuchardt
- Stadtkämmerer -